Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

22.9.1930 (No. 220)

Visual Library

Nr. 220 Montag, den 22. September 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das deutsch-französische Studententreffen in Mannheim

Der Sonntag brachte die **Schlußsitzung** des deutsch-französischen Studententreffens. Fast eine Woche lang sind die Studentenführer aus Frankreich und Deutschland zusammengewesen und haben sich in persönlicher Aussprache und durch Referate über die politischen und technischen Probleme internationaler, besonders deutsch-französischer **Verständigungsarbeit** unterhalten. Sie haben sich in kleinen Arbeitskommissionen zusammengefunden, um die sachliche Basis weiterer und dauernder Zusammenarbeit festzulegen.

Als das Hauptergebnis des Treffens ist die **Gründung** eines **Ausschusses zur Fortführung der auf der Tagung begonnenen Arbeiten** zu bezeichnen. Es ist ein **Arbeitsabkommen**, an dem französischerseits die Organisationen „Jeune République", „Ligue d'action universitaire République et socialiste" und die „Etudiants socialistes", deutscherseits die dem Deutschen Studentenverband angeschlossenen Verbände (Sozialistische Studentenschaft Deutschlands und Österreichs, Demokratische Studenten, Reichsverband der Zentrumsstudenten, die Freien wissenschaftlichen Vereinigungen und der Republikanische Studentenbund) beteiligt sind und offizielle Delegierte entsenden. Beisitzende Delegierte werden außerdem entsenden die Studentengruppen der Deutsch-französischen Gesellschaft und der Paneuropäischen Union sowie die „Groupe universitaire franco-allemande". Die **politische** Aufgabe des Ausschusses ist es, für die Annäherung der deutschen und französischen Demokratie zu arbeiten, als ersten Schritt zur Verwirklichung einer Vereinigung der europäischen Staaten. Er wird dabei im Rahmen der Universität und der Schule wirken und mit allen Organisationen eine Zusammenarbeit anstreben, die dasselbe Ziel verfolgen.

Eine weitere vornehme Aufgabe des Ausschusses ist es, in beiden Ländern auf die **Angleichung der Studienpläne** hinzuarbeiten und das **Ausländerstudium** durch Examensgleichberechtigung und wirtschaftliche Unterstützung zu fördern, sowie für Anrechnung der im Ausland zugebrachten Studienzeit Sorge zu tragen. In diesem Sinne wurde auch einstimmig eine Resolution angenommen.

In einer **Botschaft an die Öffentlichkeit** wurde diesem Bekenntnis beredt Ausdruck gegeben. Es heißt darin:

„Die Teilnehmer sind der Meinung, daß die junge studentische Generation die Pflicht hat, zu den aktuellen Problemen des Völkerfriedens Stellung zu nehmen. Obgleich der Versailler Vertrag das Versprechen einer allgemeinen Abrüstung enthält, wurde diese noch nicht durchgeführt. Die Regierungen sind vielmehr im Begriff, durch eine sogenannte Sicherungspolitik ihre militärische Macht möglichst zu verstärken. Der Weltkrieg hat uns bewiesen, daß waffenstarrende Armeen die nationale Sicherheit nicht verbürgen, sondern zwangsläufig Krieg und Zerstörung herbeiführen. Um die Sinnlosigkeit moderner Kriege zu vermeiden, fordern wir im Interesse einer zielbewußten Friedenspolitik die sofortige, **vollständige und gleichzeitige Abrüstung** der Völker. Wir glauben, daß eine möglichst baldige Bildung einer neuen **europäischen Staatenvereinigung**, die sich gegen niemanden richten darf, bedeutsam für das friedliche Zusammenleben der Völker werden kann. Von Tag zu Tag tritt die wirtschaftliche und politische Verflochtenheit der Staaten mehr in Erscheinung. Wir glauben, daß auf der Grundlage einer europäischen Staatenvereinigung die schweren Probleme der nationalen Minderheiten am besten gelöst und die wirtschaftshemmenden Zollgrenzen zum Verschwinden gebracht werden können. Diese Ziele können nur dann verwirklicht werden, wenn nicht eine kleine plutokratische Oberschicht, sondern die europäischen Völker in ihrer Gesamtheit die Geschicke unseres Kontinents bestimmen. Die Demokratie erscheint uns deshalb als die einzig mögliche Form, auf deren Grundlage die Staaten nach und nach unter vollständiger Aufrechterhaltung der kulturellen Eigenart auf ihre derzeitige Selbständigkeit zugunsten eines europäischen Zusammenschlusses verzichten könnten."

Damit wurden die Arbeiten des Studententreffens geschlossen und den beiden künftigen Sekretären des deutsch-französischen Studentenausschusses die von den Verbandsführern unterschriebenen Arbeitsabkommen ausgehändigt. Der Präsident der Konferenz, cand. oec. **Kaun**, dankte allen, die diese Tagung ermöglicht und unterstützt haben, insbesondere der Stadt Mannheim, dem Dolmetscherinstitut, den Quartiergebern und der Deutsch-französischen Gesellschaft Mannheim. Ein Abschiedsabend im Rosengartenrestaurant vereinte nochmals alle Teilnehmer zu fröhlicher Geselligkeit.

Der neue Chef der Heeresleitung

Der neue Chef der Heeresleitung, General **v. Hammerstein**, ist am 20. September 1878 geboren und wurde 1898 Leutnant im 3. Garderegimet zu Fuß. Nach Besuch der Kriegsakademie wurde er 1913 Hauptmann. Seine Ernennung zum Major erfolgte 1917. In der Reichswehr kommandierte er zunächst ein Bataillon und wurde später Oberst und Chef des Stabes des Wehrkreises 3 in Berlin. Am 1. Februar 1929 wurde er zum Generalmajor befördert und Chef des Stabes des Gruppenkommandos 1 in Berlin. Ihm fiel auch die Aufgabe zu, die Reichswehr in politischen Prozessen, so im Buchrucker-Prozeß und in Femeprozessen, zu vertreten. Am 1. Oktober 1919 erfolgte seine Ernennung zum Chef des Truppenamts, das er seither geleitet hat. General v. Hammerstein ist der Schwiegersohn des bekannten Generals der Infanterie Frhrn. v. Lüttwitz.

Todesurteil im Kownoer Spionageprozeß. Das Kriegsgericht Kowno fällte das Urteil in einer Spionageaffäre zugunsten Polens. Der Hauptangeklagte **Bilkickas** wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die anderen beiden Angeklagten, zwei Oberleutnante, wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Vor mehreren Monaten wurde ein Spionagenetz in der litauischen Schützenorganisation aufgedeckt.

Letzte Nachrichten

Drohende Regierungskrise in Oesterreich

Sensationelle Erklärungen des Vizekanzlers

WTB. Wien, 22. Sept. (Tel.) Das christlich-soziale „Wiener Montagsblatt" veröffentlicht sensationelle Erklärungen des Vizekanzlers Vaugoin, aus denen das Blatt auf Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung schließt, die zu einer Kabinettskrise führen würden, wenn sie nicht bereinigt werden könnten.

Vizekanzler Vaugoin erklärte unter Bezugnahme auf ein am Samstag veröffentlichtes offizielles Dementi des Handelsministers in der Angelegenheit der **Auszahlung von Sondervergütungen** auch unter dem gegenwärtigen Bundesbahnpräsidenten Banhans u. a.: **Ich lasse mir solche Dementis auf die Dauer nicht mehr bieten.** Es handelt sich nicht darum, ob die Gelder aus einem Geheimfonds oder aus welcher Kasse immer verteilt wurden, sondern darum, daß sie **überhaupt verteilt** worden sind. Das Blatt bemerkt zu der Erklärung, daß ein Kompromiß angesichts der Haltung Vaugoins in dieser Frage ausgeschlossen erscheine. Es bestehe gar kein Zweifel, daß die Christlich-soziale Partei die Haltung des Vizekanzlers billigen werde. Es könne also möglicherweise zu kritischen Tagen für das Kabinett kommen.

Die anderen Montagsblätter berichten, daß Handelsminister Dr. **Schuster** dem Bundeskanzler seinen **Rücktritt angeboten** habe, weil Vizekanzler Vaugoin vertrauliche Mitteilungen aus dem Ministerrat an die Zeitungen weitergegeben habe.

Um die Wiederaufrollung der Kriegsschuldenfrage und die Reparationen

WTB. Washington, 22. Sept. (Reuter.) (Tel.) Wie verlautet, sollen im Staatsdepartement Berichte vorliegen, nach denen der britische Schatzkanzler **Snowden** nicht den Wunsch hege, die Frage der **Kriegsschulden** gegenwärtig wieder aufzurollen, weil dann auch eine **Revision der Reparationszahlungen** akut werden müßte, was wiederum eine Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage zur Folge haben würde.

Hier vorliegende inoffizielle Nachrichten aus Europa sprechen hingegen von **erneuten Bemühungen**, eine **Herabsetzung der Kriegsschulden** der Alliierten an die Vereinigten Staaten zu erreichen, und geben der Meinung Ausdruck, daß die außerordentliche **Zunahme der Nationalsozialisten** in Deutschland einen starken Anstoß zur Wiederaufrollung der Schuldenfrage geben wird. Weiter wird darauf hingewiesen, daß, während eine Herabsetzung der Schulden vielleicht eine Besserung der Wirtschaftslage, wenigstens soweit England in Betracht kommt, nach sich ziehen würde, eine Verschlechterung der englisch-amerikanischen Beziehungen eintreten könnte, infolge der heftigen Debatten im Kongreß über die Schuldenfrage.

Lohnherabsetzungen in England?

WTB. London, 22. Sept. (Tel.) Wie „Daily Herald" berichtet, wird in Arbeitgeberkreisen die Möglichkeit einer **allgemeinen Lohnherabsetzung** erörtert. Es soll sich dabei um die Löhne der **Bauarbeiter**, der **Eisenbahner** und der **Dockarbeiter**, sowie der **Laden- und Warenhausangestellten** und der **Gemeindeangestellten** handeln. Die einflußreichsten Arbeitgeber seien jedoch bisher gegen ein solches Vorgehen, da sie einsähen, daß es auf die Bemühungen um die Wiederbelebung des Handels eine verhängnisvolle Wirkung haben würde.

Revolution in Chile?

WTB. New York, 22. Sept. (Tel.) Associated Preß wird aus Buenos Aires gemeldet, daß in Concepcion (Südchile) gegen die Regierung des Präsidenten Ibanez ein Aufstand ausgebrochen sei.

Die chilenische Gesandtschaft in New York erklärt, daß die Revolution zusammengebrochen sei. Das Land befinde sich in Ruhe.

Peking und Tientsin von mandschurischen Truppen besetzt?

Nach einer Mitteilung aus **Schanghai** verlautet, daß die **mandschurischen Truppen Peking und Tientsin besetzt** hätten, ohne bei der Schansiarmee auf Widerstand zu stoßen. Die Schansitruppen träfen alle Vorbereitungen zum Rückzuge.

Der mandschurige Marschall **Tschangsueliang** hatte bereits in einem Zirkulartelegramm seine Absicht bekanntgegeben, im chinesischen Bürgerkrieg zu intervenieren. Er hat die Nordregierung aufgefordert, sofort bis zum Abschluß eines Friedensabkommens alle Feindseligkeiten einzustellen, da sonst die Mandschurei die schärfsten Maßnahmen gegen die Nordregierung ergreifen würde. Die Nankingtruppen rücken an der Peking—Hankau-Eisenbahn vor und stehen zur Zeit 30 Meilen südlich von Loyang in der Provinz Honan Fu.

Das Reichskabinett wird am morgigen Dienstag die von den einzelnen Ressorts jetzt fertiggestellten **Vorschläge der Regierung** beraten. Der Reichskanzler wird dann im Laufe der Woche die Besprechungen mit den einzelnen Parteiführern beginnen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid erklärte einem Vertreter des Pariser „Excelsior" in Genf u. a., die bürgerlichen Parteien könnten sich mit den Nationalsozialisten zusammenschließen und Hitler die Regierung übernehmen. Das wäre das beste Heilmittel gegen die nationalistische Krankheit, denn dieses Experiment würde nicht von langer Dauer sein.

Genfer Debatten

Erklärungen des deutschen Außenministers

WTB. Genf, 22. Sept. (Tel.) Die heutige Fortsetzung der Aussprache des sechsten Ausschusses über die Minderheitenfrage gestaltete sich zu einer bedeutsamen, grundsätzlichen Auseinandersetzung, in die Reichsaußenminister Dr. Curtius mit einer eindrucksvollen Rede eingriff.

Die Debatte wurde eingeleitet durch längere Erklärungen des griechischen Außenministers **Michalakopoulos**, der nachzuweisen suchte, daß ein zu weit gehender Minderheitenschutz gegen die Interessen des Friedens und gegen den Bestand der neuen Staaten verstoße. Michalakopoulos trat für die allmähliche, gewaltlose Assimilierung der Minderheiten ein. Der polnische Außenminister **Zaleski** erhob grundsätzliche Bedenken gegen den Entschließungsentwurf der deutschen Delegation. Er erklärte, die darin zum Ausdruck gekommene Auffassung widerspreche der Ansicht der Mehrheit des Ausschusses.

Reichsaußenminister **Dr. Curtius** erklärte, die deutsche Delegation beantrage nicht die sofortige Änderung der Madrider Beschlüsse, aber ihre **Reform** scheine sich doch am Horizont abzuzeichnen. Er gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der griechische Außenminister die längst als abgetan betrachtete Assimilierungstheorie wieder vorgebracht habe. Die Assimilierung stehe im Widerspruch zu den Interessen und den Aufgaben des Völkerbundes, wie dies vom englischen Vertreter in der Märztagung vorigen Jahres ausdrücklich festgestellt worden sei. Zu den Ausführungen des polnischen Vertreters erklärte Dr. Curtius, Deutschland sei bereit, über die Ausdehnung des Grundsatzes der Minderheitenschutzverträge positiv zu verhandeln. Allerdings sei zu bemerken, daß die Minderheitenschutzverträge zunächst einmal ein Servitut für die neugeschaffenen **Staaten Ost- und Südeuropas** darstellten, die ohne dieses Servitut hätten überhaupt nicht ins Leben treten können.

Deutschland und die Wirtschaftsfragen

WTB. Genf, 22. Sept. (Tel.) Im Wirtschaftsausschuß der Völkerbundsversammlung hielt heute der deutsche Delegierte Frhr. v. Rheinbaben eine längere Rede, in der er auf die besonders schwierige Lage der deutschen Wirtschaft hinwies, die durch den Ausgang der Wahlen blitzartig erleuchtet worden sei.

Zur Frage der **Meistbegünstigung** führte v. Rheinbaben sodann aus: Die deutsche Delegation steht auf dem Standpunkt, daß die Meistbegünstigung als Prinzip die einzig brauchbare Grundlage für einen intensiven und entwickelten Warenaustausch zwischen den Völkern ist. Über die mehrfach getadelte Einführung von **Zollkontingenten**, sagte der Redner, Deutschland sei unter den Tarifvertragsstaaten nicht der erste gewesen, der zu einem solchen Mittel gegriffen habe. Wenn bei den Staaten, die bisher Zolltarifverbindungen überhaupt abgeneigt gewesen seien, eine Änderung in der grundsätzlichen Auffassung eintrete, so sei die deutsche Delegation zu solchen gegenseitigen Bindungen durchaus bereit. Zu dem Vorschlag der Vorzugszölle bemerkte der Redner, man verlange von den Industriestaaten die bevorzugte Aufnahme landwirtschaftlicher Produkte, aber man erkläre über die Bereitwilligkeit der Agrarstaaten zu bevorzugter Aufnahme der Fertigwaren aus den Industriestaaten nichts. Nach deutscher Auffassung gebe es zur Lösung nur zwei Wege. Der erste sei der Zusammenschluß in einer völligen Zollunion, der zweite Weg, dem der österreichische Bundeskanzler in der Vollversammlung den Namen der regionalen Verständigung gegeben habe, sei als der gangbarere anzusehen.

Die Behandlung der Abrüstungsfrage

WTB. Genf, 22. Sept. (Tel.) Die Delegationen Englands, Frankreichs und Deutschlands haben eine stillschweigende Vereinbarung erreicht, daß die vorbereitende Abrüstungskommission vom 3. November bis Weihnachten tagen, und daß im November nächsten Jahres die allgemeine Abrüstungskonferenz abgehalten wird.

Britten über die Lage in Europa

Blättermeldungen aus **New York** zufolge erklärte der Vorsitzende des amerikanischen Flottenausschusses des Repräsentantenhauses, **Britten**, der aus Europa zurückgekehrt ist:

„Europa will nicht abrüsten, es will kämpfen. Kriegsvorbereitungen kosten Europa täglich 6 Millionen Dollar. Der **Korridor** ist ein Pfahl im Fleische jedes Deutschen. **Rußland** wartet auf eine Gelegenheit, um seine Seehäfen in Estland, Lettland und Litauen wieder zu nehmen und Bessarabien zurückzuerobern. 3 Millionen Deutsche in der **Tschechoslowakei** sind bereit, für Selbstbestimmung einzustehen. **Jugoslawien und Italien** stehen sich seit drei Jahren mit gezogenem Degen gegenüber. Die Völkerbundsabrüstungskommission arbeitet seit fünf Jahren, ohne das geringste erreicht zu haben."

Deutschland verlangt Beratung der Memelbeschwerden. Die deutsche Delegation hat beim Völkerbundsrat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem verlangt wird, die vom Memelgebiet beim Völkerbund anhängig gemachte Beschwerde auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Ratstagung zu setzen und unverzüglich zu beraten.

Der Deutsche Buchdruckerverein hält in **Bad Harzburg** seine 60. Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, **Zickfeldt**, Osterwick, führte aus, die Lage des Druckereigewerbes habe sich so ernst und schwierig gestaltet, wie wohl noch nie seither. Das Mitglied des Vorstandes des Vereins der deutschen Zeitungsverleger, **Scheuer**, betonte, daß seit der Inflation kaum ein Tagung einen so ernsten Charakter gehabt habe wie diese. Der Tiefstand der Wirtschaftskrise sei allem Anscheine nach noch nicht erreicht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Rhein-Main-Donau-Kanal

Die Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft hatte für Samstag zu einer **Besichtigungsfahrt** auf der kanalisierten Strecke **Aschaffenburg—Miltenberg** eingeladen. Am 25. September wird die Schiffahrtsschleuse Kleinheubach unweit unterhalb Miltenberg, die letzte Schleuse des ersten Bauabschnittes in Betrieb genommen werden. Die Eröffnung des Schiffahrtsverkehrs bis Miltenberg wird nur einen Teilabschnitt des gesamten Projekts darstellen, der bekanntlich einen Durchgangsverkehr vom Rhein zur Donau für Schiffe bis zu einem Fassungsvermögen von 1200 Tonnen ermöglichen soll. Zwei Großkraftwerke sind bereits in Betrieb. Weitere Energieerzeugungsstationen sind im Bau. Nach den bis jetzt vorliegenden Plänen besteht die Hoffnung, daß **bis etwa 1935 die Schiffbarmachung des Mains bis Würzburg** durchgeführt sein wird. Das endgültige Projekt sieht einen weiteren Ausbau des Mains bis Bamberg und dann die Abzweigung des Schiffahrtsweges über den Jura zur Donau vor.

Der neue Großsender in Mühlacker

Seit einigen Wochen sind **die beiden, 100 Meter hohen Funktürme,** des neuen Großsenders bei **Mühlacker** fertig. Im Sendersaal und in der Maschinenhalle ist man dabei, die technische Einrichtung der Senderapparatur aufzubauen.

Der Sender wird mit Drehstrom von 15 000 Volt beliefert werden, der bis zu einer etwa 400 Meter von dem Senderhaus entfernten Freiluftschaltstelle in Hochspannungsleitungen herangeführt wird. Von dort geht der Strom zur Vermeidung von Senderstörungen unterirdisch zum Senderhaus. In der Maschinenhalle wird der Strom dann von 15 000 Volt zunächst auf Maschinenspannung herabgedrückt und dann den Umformern zugeführt. Zwischen Sendersaal und Maschinenhalle befindet sich der Verstärkerraum, in dem der Endverstärker für das Besprechungskabel untergebracht ist. Unter dem Sendersaal befindet sich der Raum für die Schlauchtrommeln und der Pumpenraum für die Kühlwassereinrichtung. Die Sendeenergie wird durch die Energieleitung zu dem in 200 Meter vom Senderhaus entfernten, direkt unter der Antenne befindlichen Abstimmhäuschen geleitet, von wo aus sie dann auf die Antenne geschaltet wird und wo die Antenne abgestimmt werden kann. Unter den Türmen ist in der Erde das Antennengegengewicht, ein Erdungsnetz aus Kupferdraht und Kupferplatten vergraben. Die Antenne selbst, die noch nicht aufgebracht ist, wird im Gegensatz zu früheren Konstruktionen in Hanfseil aufgehängt werden.

Reichsbahn und Arbeiterverkehr

Die Reichsbahn hofft trotz des seitherigen Verkehrsrückgangs auf eine stärkere Belebung des Herbstverkehrs. Sie hat daher ihren Dienststellen die erforderlichen Weisungen erteilt, um allen Anforderungen, die an sie gestellt werden, pünktlich nachkommen zu können und um Schwierigkeiten in der Wagengestellung zu verhüten. Diesem Zweck dienen in der Hauptsache die Beschleunigung des Wagenumlaufs und die Vermehrung der verfügbaren Wagenbestände.

So wurde u. a. angeordnet, daß die Wagen zur Be- und Entladung schnellstens bereit zu stellen sind, und daß für sofortige Be- und Entladung zu sorgen ist. Die Begleitpapiere sollen bei den Abfertigungen nötigenfalls durch Verlängerung der Dienstzeiten und Einrichtung von Nachtdienst beschleunigt fertiggestellt und unter Umständen an die Empfangsstation vorausgesandt werden, damit der Empfänger frühzeitig benachrichtigt und mit der Entladung der Wagen sofort nach Ankunft begonnen werden kann. Die Be- und Entladung der Wagen ist nötigenfalls außerhalb der Geschäftsstunden zuzulassen u. a. m.

Zur Vermehrung des verfügbaren Wagenbestandes wird auch der letzte betriebsfähige Wagen zur Bedienung des öffentlichen Verkehrs herangezogen. Der Dienstgutverkehr ist zugunsten der Freimachung von Wagen für Verkehrstreibende eingeschränkt. Schadhafte und nur leicht beschädigte Wagen werden in den Werkstätten vorzugsweise wiederhergestellt und auch sonst wird alles getan werden, um die Kunden der Reichsbahn zufriedenzustellen.

Kommandierung eines deutschen Generals nach Amerika. Der Befehlshaber im Wehrkreis 1, Generalleutnant **v. Blomberg,** wird am 1. Oktober 1930 auf die Dauer von zwei Monaten zur Armee der Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Studium von Heereseinrichtungen und Schulmethoden kommandiert.

Nach den Wahlen

Die Reichstagswahlen und Württemberg

Wenn **Württemberg** am 14. September zum Landtag gewählt hätte, wären nach einer Statistik die 80 Landtagssitze nach dem württembergischen Landtagswahlgesetz wie folgt zuzuteilen:

Zentrum 18 (zur Zeit 16), Sozialdemokratie 18 (zur Zeit 21), Bauernbund 11 (15), Staatspartei und Deutsche Volkspartei 8 (12), Kommunisten 7 (6), Nationalsozialisten 7 (1), Christlicher Volksdienst 6 (1), Deutschnationale 8 (4), Wirtschaftspartei 1 (0), Volksrechtpartei 1 (2), Nationale Volksgemeinschaft — Bazille 0.

Die Rechtssplitter

Die Pressestelle des **Christlich-Sozialen Volksdienstes** wendet sich gegen immer wieder auftauchende Mutmaßungen, daß die 14 Abgeordneten des Christlich-Sozialen Volksdienstes einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und konservativen Volkspartei beitreten würden. Die Reichsleitung erklärt, daß darüber die Reichstagsfraktion des Volksdienstes zu entscheiden habe, die am 3. und 4. Oktober zusammentrete. Für den Volksdienst käme entsprechend seiner grundsätzlichen Einstellung eine derartige bürgerliche Sammelaktion **nicht in Betracht.**

In einem Artikel der Zeitung „Thüringer Landbund" lehnt der **Führer** der christlich-nationalen **Bauern- und Landvolkpartei,** der Thüringer Staatsrat **Hüfer,** eine Fraktionsgemeinschaft oder eine Arbeitsgemeinschaft mit den Volkskonservativen und dem Christlich-Sozialen Volksdienst ganz entschieden ab, da der berufsständische Gedanke ohne Hinderungen durch fraktionelle Bindungen in der Landvolkfraktion erhalten bleiben müsse.

Das Reichsmilchgesetz

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sind die Vorarbeiten für die **Ausführungsbestimmungen** zum Milchgesetz soweit gediehen, daß die Entwürfe bereits in nächster Zeit mit den in Betracht kommenden Wirtschaftskreisen erörtert werden können. Bei diesen Vorarbeiten hat es sich als notwendig und zweckmäßig herausgestellt, das Milchgesetz **stufenweise in Kraft** zu setzen. Auf diese Weise wird es möglich sein, den wichtigsten Teil der Vorschriften des Milchgesetzes schon zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft treten zu lassen. Damit wird auch dringenden Wünschen der beteiligten Wirtschaftskreise entsprochen.

Das Reichsmilchgesetz selbst wurde im Juli vom Reichstag angenommen. Es enthält Bestimmungen, die Gewähr dafür bieten sollen, daß der Verbraucher mit **einwandfreier Milch** beliefert wird. Milch von Kühen, deren Gesundheitszustand die Beschaffenheit der Milch nachteilig beeinflußt, darf nicht in den Verkehr gebracht werden. Die obersten Landesbehörden können anordnen, daß Milch vor Abgabe an den Verbraucher einem Reinigungs-, Erhitzungs- und Tiefkühlungsverfahren zu unterziehen ist. Personen, die mit übertragbaren Krankheiten behaftet sind, dürfen weder bei der Gewinnung noch sonst im Milchverkehr tätig sein. Wer Milchhandel betreiben will, bedarf dazu einer Erlaubnis. Als Markenmilch darf nur solche Milch in den Verkehr gebracht werden, die unter Beobachtung besonderer Sorgfalt gewonnen wird. An den Gesundheitszustand der Milchtiere werden dabei sehr strenge Anforderungen gestellt. Eine weitere Bestimmung sieht vor, daß die obersten Landesbehörden nach Anhörung der gesetzlichen Berufsvertretungen der beteiligten Wirtschaftskreise Erzeugerbetriebe sowie milchbearbeitende und milchverarbeitende Betriebe zur Regelung des Absatzes zusammenschließen können. Es soll durch Einteilung des Reiches in begrenzte milchwirtschaftliche Zonen größtmögliche Wirtschaftlichkeit erreicht und der Milchbedarf der Städte durch entsprechende Zuteilung von Erfassungsgebieten mit einheimischer Milch sichergestellt werden. Weiter ist vorgeschrieben, daß die Reichsregierung anordnen kann, daß bestimmte Lebensmittel nur in Packungen oder Behältnissen an den Verbraucher abgegeben werden dürfen.

Regierungsumbildung in der Türkei. Der Premierminister **Ismet Pascha** hat, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, beschlossen, **zurückzutreten,** damit das Kabinett sobald wie möglich umgebildet werden kann.

Kriegsbeschädigte und Krankenversicherung

Nach den neuen Vorschriften über die Krankenversicherung hat der Versicherte für die Krankenhilfe einen gebührenpflichtigen **Krankenschein** zu lösen und von den **Arzneikosten** einen kleinen Teil selbst zu zahlen. Dieser Sonderbeitrag war notwendig, um die Krankenkassen vor Eigennutz zu schützen und Mittel für die Arbeitslosenversicherung freizumachen. — Er ist im allgemeinen auch tragbar, weil der Reichsarbeitsminister den Krankenkassen ein bewegliches Verfahren und sie insbesondere ermächtigt hat, **in Fällen echter Not** den Sonderbeitrag zu stunden und bei Uneinbringlichkeit niederzuschlagen. Dadurch wird die Anwendung der Vorschrift, auch für die nichtversicherten, aber den Krankenkassen zugeteilten **Kriegsbeschädigten** ebenfalls tragbar.

Das nähere darüber bestimmt der im Reichsverordnungsblatt demnächst erscheinende Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 18. September. Den Zugeteilten mit Zusatzrente wird der Arzneikostenanteil in der Regel gestundet; für sie gilt zugleich der jeweils niedrigste Satz, den die Krankenkasse für die Krankenscheingebühr festsetzt.

Erzbistum Breslau. Im Breslauer Dom wurde die durch die päpstliche Bulle erfolgte Erhebung des Bistums Breslau zum Erzbistum feierlich verkündet.

General v. Gebsattel †. In **München** ist der frühere Kommandierende General des 3. Armeekorps, General Frhr. Ludwig **v. Gebsattel,** nach einer Operation im 74. Lebensjahr gestorben.

Kleine Chronik

Durch ein im **Schloß Hohenheim** bei Stuttgart ausgekommenes Feuer wurden das Technologische Institut der Landwirtschaftlichen Hochschule, die Räume der Latein- und Realschule, sowie die Speiseräume und einige Wohnungen vernichtet. Glücklicherweise ist der größere Teil des prächtigen Schlosses erhaltengeblieben. Es stammt aus dem Jahre 1785.

In **Böblingen** wurden am Sonntagnachmittag die am Donnerstag verunglückten vier Flieger in einem gemeinsamen Grab beigesetzt. Über 100 Kränze, den Toten aus dem ganzen Reich gewidmet, bedeckten die vier Särge.

In **Dortmund** sind seit den ersten Septemberwochen 23 Kinder aus zwei Straßen im Norden der Stadt an Typhus erkrankt. Die Erkrankungen sind wahrscheinlich auf den Genuß von infiziertem Speiseeis oder einem anderen verunreinigten Nahrungsmittel zurückzuführen, das die Kinder gelegentlich eines Kinderfestes gegessen haben.

Im Anschluß an die Vorstellung einer in der Turnhalle in Albernau (Erzgebirge) auftretenden Wandertruppe meldeten sich zwei junge Leute freiwillig zum **Boxkampf.** Der eine schlug den anderen so schwer nieder, daß er besinnungslos liegenblieb. Der Arzt konnte nur noch seinen **Tod** feststellen.

Die **deutschen Ozeanflieger,** unter Führung von Gronau sind Sonntag nachmittag 4 Uhr auf dem Templiner See bei Potsdam gelandet und begeistert begrüßt worden.

Bei **Karlskrona** (Schweden) hat man die Leiche des seinerzeit mit dem deutschen Postflugzeug D 1526 verunglückten Funkers **Lindemann** gefunden.

Wie aus London gemeldet wird, haben die beteiligten Regierungen sämtliche getroffenen Dispositionen für den geplanten **regelmäßigen Luftverkehr zwischen London und Kapstadt** genehmigt. Der erste Teil der Linie, nämlich die Strecke London—Viktoriasee, wird im Januar eröffnet.

In **New York** sprang am Sonntag der als Fallschirmabspringer und Seiltänzer bekannte Amerikaner **Ferry** von der 75 Meter hohen neuen **Hudsonbrücke** in den Hudson. Er traf aber wagerecht auf das Wasser auf, wurde mit einem Wirbelsäulenbruch bewußtlos aus dem Wasser gezogen und starb bald darauf. Die Polizei verhaftete einen der Freunde Ferrys als den geistigen **Urheber** der tollkühnen Tat, die seinen Tod zur Folge gehabt hatte. Ein New-Yorker Sensationsblatt hatte die ausschließlichen Publikationsrechte erworben und wird für den Tod mitverantwortlich gemacht werden.

In den **Anden** soll, wie „Times" aus **Guayaquil** (Ecuador) meldet, der **Schatz des letzten Inkakönigs** Atahualpa von einer Expedition in einer Bergfestung **entdeckt** worden sein. Die Expedition ersuchte das Schatzamt um Entsendung von Truppen, um die Ausgrabungen gegen Angriffe von Indianern schützen zu können.

Badisches Landestheater

Mississippi

(Unaufführung)

Schauspiel in drei Akten von **Georg Kaiser.**

In Szene gesetzt von **Felix Baumbach.**

Mit vielen anderen Bühnen hat das Landestheater als zweite Neueinstudierung der Spielzeit **Georg Kaisers** letztes Drama „Mississippi" zur Uraufführung gebracht.

Idee: Kampf einer kommunistisch-religiösen Sekte gegen den Staat nicht durch Gewalt, sondern durch Leiden. Also kein Heldendrama, sondern Märtyrerdrama, wobei statt des Massenhelden der Massenmärtyrer auftritt. Wie in jedem Märtyrerdrama ist der dramatische Nerv schwach, zu schwach. Das Baumeistertalent des Dramatikers Kaiser muß daher Verstärkungen anbringen. Schon vor Vorhangbeginn muß der Märtyrer Kraft entfalten. Die Sekte repariert den durch die Wasserflut geschwächten Damm. (Sonderbarerweise wird dies als Verbrechen angesehen, obwohl doch ein Damm gebaut sein dürfte, um Damm zu sein.) Und am Schluß muß gar der Sektenführer im Begriffe stehen, den Sprengposten zu erschießen. Also das Sektenevangelium, durch Demut und Leid Gottesherrschaft zu errichten, ist sehr brüchig. Man kann auch anders.

Es genügt aber noch nicht zu dramatischen Kampf und zur entsprechenden Lösung. Deshalb muß im ersten Akte die geschiedene Frau des Sektenführers bei diesem erscheinen und den Tod ihres Sohnes erfahren, der bei der Prüfung des Damms hinweggeschwemmt worden. Dabei vernimmt sie, daß die Sekte New Orleans durch die Wasserflut vernichten will als Zeichen von Gottes Rache über das Sündenbabel. Im zweiten Akte verrät sie das Vorhaben der Sekte dem Staatskommissar, der durch Dammsprengung die vom Mississippi mit dem Untergang bedrohte Stadt New Orleans retten will. Auf Grund ihrer Anzeige der geplanten Sabotage, der schon Produktionssabotage vorausgegangen, werden die Sektierer, die sich weigern, ihr Land zu räumen, um es der Überflutung zu überlassen, als Gefangene abtransportiert. Ihr Motiv: Rache. Im dritten Akte sucht sie mit Lebensgefahr den entwischten Führer, angeblich weil er doch noch die Sprengung verhindern wird. Er wird auch gerade noch im letzten Augenblick dabei von dem General überrascht und beim Versuch, diesen zu erschießen, selbst erschossen. Jetzt ergibt sich als ihr Motiv: Liebe. Sie findet gemeinsam mit ihm den Tod durch die Flut. Ein schaurigrührendes Ende! (Wozu sich allerdings die Frau des 1. und 2. Akts völlig umstülpen muß.)

Wir sehen, das Hauptthema läßt in seiner Durchführung die Konsequenz vermissen, und das Nebenthema: Mann — Weib, ist nicht ausgearbeitet, unklar und widerspruchsvoll. Wir haben eine Reihe von Sprechern: Nach Kehoe, den Sektenführer, der das Sektenevangelium predigt, Stimson, den Staatskommissar, der das Machtprinzip des Staats verkündet, Doris Thompson, die Frau, die das Recht des Weibes und die gesunde Vernunft vertritt, aber wir haben keine dramatischen Figuren. Am ehesten darf als solche die Frau gelten. Georg Kaiser ist schon konsequent, wenn er schreibt: „Die letzte Form der Darstellung von Denken ist seine Überleitung in die Figur. Das Drama entsteht." Sein Drama besteht aus Denkfiguren. Darin liegt seine Schwäche.

Daß in den gesprochenen überspitzten Gedanken viel Interessantes und Amüsantes liegt, ist bei dem klugen Georg Kaiser nicht zu verwundern, wie etwa daß der Machtstaat nur für mittlere Frömmigkeit zu haben sei. Ebensowenig zu verwundern ist, daß der erfahrene und geschickte Szenenbaumeister wirksames Theater bietet, worin Einzel- und Massenszenen sich abwechseln. Aber auch damit ist sein Drama nicht zu retten. Namentlich da ganz bedenkliche Schwächen vorhanden sind. So muß der Sektenführer im 1. Akt wichtige Enthüllungen im Trance machen, um dafür nicht verantwortlich zu sein, oder lange Strecken im 1. und 3. Akt werden mit Berichten ausgefüllt, die Ortseinheit des 3. Akts zwingt zu unmöglichen Ab- und Zugängen. Man glaubt fast, die Technik der französischen Tragödie des 17. und 18. Jahrhunderts wieder aufleben zu sehen. Innerer und äußerer Bau des Dramas erweist sich so als Schwäche.

Felix Baumbach gab sich alle Mühe, dem Werke zur Theaterwirkung zu verhelfen, und er nutzte dazu alle Hinweise, die ihm der Autor gab. **Torsten Hecht** bot ihm dazu passende Bildrahmen, die an den Naturalismus erinnerten.

Die beste Unterstützung fand er in **Melanie Ermarth** als kaltschnäuzige Frau Doris Thompson, die alle Register wirkungsvoll zu ziehen verstand. Auch **Paul Hierl** als fanatischer Sektenführer bewährte sich wie immer. Aber auch jetzt wieder gleich zu Beginn der Spielzeit möchte man ihn warnen, seiner Neigung zur Typik der Kopf- und Handgebärde nicht nachzugeben. **Paul Rudolf Schulze** als Staatskommissar Stimson wußte trotz aller Anstrengung diese amerikanische Type nicht zu gestalten. Dagegen war **Fritz Herz** als General, namentlich in der Scheune, recht gut. Besondere Erwähnung verdient noch **Hermann Brand** als einarmiger Negerbruder Nathan. Gut waren auch die beiden Farmertypen von **Paul Gemmecke** und **Friedrich Prüter.**

Für die sorgfältige Vorbereitung durch **Felix Baumbach** zeugten die Massenszenen.

Prof. Dr. Karl Holl.

Sinfoniekonzerte 1930/31

Soeben gibt das **Badische Landestheater** das Generalprogramm seiner diesjährigen **Sinfoniekonzerte** bekannt. Schon ein flüchtiger Blick auf die angekündigten Abende, deren Zahl freilich infolge des Orchesterabbaus auf neun herabgesetzt werden mußte, darf bei allen Musikfreunden lebhaftes Interesse erwecken. Denn wieder vereinigen die Vortragsfolgen eine Fülle von wertvoller Musik, deren Schwerpunkt wie in den Vorjahren bei der klassischen und romantischen Literatur liegt. So sind u. a. Sinfonien von **Mozart** (Jupitersinfonie) und **Beethoven** (VI. und VII.) vorgesehen, und besonders hingewiesen sei auf die für Ende November geplante Aufführung der **„Jahreszeiten"** von **Haydn,** der außer diesem Oratorium noch mit einem Oboenkonzert im Programmentwurf erscheint. Die nachklassizistisch-romantische Richtung verdient in dieser kurzen Umschau durch die Namen **Brahms** (III. Sinfonie, Haydn-Variationen), **Bruckner** (VII. Sinfonie) und **Mahler** (IV. Sinfonie) zunächst festgehalten zu werden, aber auch **Tschaikowsky** (Pathétique) und **Rimsky-Korsakow** (Capriccio espagnole) gehören ebenso wie **Richard Strauß** in diese Linie neben **Goldmark,** zu dessen 100. Geburtstag sein Violinkonzert zur Aufführung gelangt. Zur Würdigung der Bedeutung dieser Konzerte für das Karlsruher Musikleben ist es nicht unwichtig, nachdrücklichst noch die ausgewählten Novitäten zu erwähnen, darunter **Kusterer** (II. Sinfonie), **Dobrowen** (Klavierkonzert), **Busoni** (Klavierkonzert) und **Hindemith** (Bratschenkonzert) sowie kleinere Werke von **Wetzler, Gal** und **Frankenstein.**

Unter den Solisten finden sich ebenfalls mehrere neue, in diesem Zyklus noch unbekannte Namen wie **Ria Ginster** (Gesang), **Nathan Milstein** (Violine), **Luise Schatt-Eberts** (Klavier) und **Paul Hindemith** (Bratsche), zu denen sich als hier gern gehörte Instrumentalisten von ansehnlicher Qualität u. a. **Alfred Hoehn, Ottomar Voigt, Paul Trautvetter, Paul Kämpfe** und als längst beliebte Gesangskünstler **Else Blank, Wilhelm Rentwig** und **Franz Schuster** gesellen. Die Gesamtleitung der Konzerte liegt wiederum in der Hand von Generalmusikdirektor **Josef Krips,** hervorgehoben zu werden verdient aber auch, daß am fünften und achten Abend **Rudolf Schwarz** an der Spitze des Badischen Landestheaterorchesters erscheinen wird.

Auf die Anzeige im Inseratenteil wird verwiesen.

122 400 Studenten in Deutschland. Die Gesamtzahl der an den wissenschaftlichen Hochschulen im Deutschen Reich immatrikulierten Studierenden betrug im Wintersemester 1929/30 122 391 gegenüber 123 700 im vorangegangenen Semester und 113 042 im Wintersemester 1928/29. Zum ersten Mal ist also die Gesamtzahl der Studierenden geringer geworden. Von den Studierenden waren im Wintersemester 1929/30 94,8 Prozent deutsche Reichsangehörige und 6939 Ausländer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Der Fremdenverkehr in Baden im Monat August

Der Fremdenverkehr hat im Monat August offensichtlich seinen Höhepunkt für dieses Jahr erreicht. Im ganzen sind vom Badischen Statistischen Landesamt in rund 250 Fremdenplätzen 228 170 angekommene Fremde mit 900 903 Übernachtungen festgestellt worden. Gegenüber dem Vormonat Juli d. J. sind dies rund 32 000 Fremde und 160 000 Übernachtungen.

Der **Ausländerverkehr** hat sich auch im August befriedigend entwickelt. Er brachte insgesamt 44 220 Ausländer mit 84 010 Übernachtungen. Von den einzelnen Herkunftsländern stehen die Vereinigten Staaten von Amerika mit 12 781 Besuchern an erster Stelle. Es folgen England mit 9975 Fremden, Holland (7689), Schweiz (4536), Österreich (2372) und Frankreich (2271). Hinsichtlich der **Aufenthaltsdauer** stehen die Engländer mit 18 683 Übernachtungen obenan. Fast ebensoviel Übernachtungen (18 436) weist Holland auf; es folgen die Vereinigten Staaten von Amerika (16 170), die Schweiz (11 245), Frankreich (5682) und Österreich (3422).

Weiteres Anwachsen der Schweinebestände in Baden

Nach dem vorläufigen Ergebnis der am 1. September vorgenommenen Zwischenzählung der Schweine ist deren Zahl im vergangenen Vierteljahr in Baden erheblich gestiegen. Wie das Badische Statistische Landesamt mitteilt, beträgt die Zunahme insgesamt 109 024 Stück; die Bestände haben sich um rund ein Fünftel (22,6 v. H.) auf 591 382 vermehrt. Bemerkenswert ist vor allem, daß mehr als 21 000 neue schweinebesitzende Haushaltungen festgestellt worden sind, wodurch die Zahl der Schweinehalter auf 177 768 gestiegen ist. Von der Zunahme der Schweine entfällt der größere Teil auf Mastschweine (43 400 Stück oder 52,5 v. H. des früheren Bestandes), die Ferkel unter acht Wochen haben sich um 38 300 oder 87,0 v. H., die Jungschweine im Alter von acht Wochen bis noch nicht ½ Jahr um 26 100 oder 10,8 v. H. vermehrt. Die Bestände an Zuchttieren haben sich nur unwesentlich verändert.

Gegenüber der Septemberzählung des Vorjahres hat sich die Zahl der Schweine um 141 000 Stück erhöht. Innerhalb dieser Jahresfrist fällt vor allem die Vermehrung der Jung- sowie der Zuchtschweinebestände ins Auge.

Nr. 33 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes bringt eine Verordnung des Ministers des Innern über den Vollzug des **Gaststättengesetzes** (Gaststättenverordnung).

Die Heidelberger Millionenunterschlagungen

Der frühere Rechtsanwalt und stellvertretende Geschäftsführer **Ludwig Müller** hat die Veruntreuungen eingestanden und auch erklärt, der Hauptschuldige zu sein; die beiden anderen verdächtigten Personen hätten von den Wechsel- und Geldtransaktionen nichts gewußt. Man hält die Angaben Müllers jedoch nicht für glaubhaft. **Alfred Goldschmidt**, der bereits vor einigen Wochen ausgeschiedene zweite Geschäftsführer, ist ebenfalls verschwunden. **Paul Müller**, der Direktor der Gesellschaft, befindet sich in der Schweiz, von wo er aber als gebürtiger Schweizer nicht ausgeliefert werden würde. Müller hat aus Basel einen Eilbrief geschrieben, in dem er behauptet, er habe sich nicht persönlich bereichert. Trotzdem besteht der Verdacht, daß er nicht nur die Baugesellschaft und die Schwesternkongregation in Speyer geschädigt, sondern auch Gelder nach der Schweiz verschoben hat.

Die Wohnungsbaugesellschaft, deren **Unterbilanz sich auf zwei Millionen Reichsmark** beziffert, wird in den nächsten Tagen Konkurs anmelden.

Wie weiter bekannt wird, hatte man 600 000 *RM* bei holländischen Schwindelfirmen zu spekulativen Zwecken angelegt. Die Summe gilt als verloren, ebenso ein Darlehen von 250 000 *RM*, das einem Rittergutsbesitzer als Hypothek an zweifelhafter Stelle gegeben wurde. In Zürich kaufte Müller für einige hunderttausend Reichsmark eine Bank. Die Gesellschaft hat immer wieder versucht, weitere Bauaufträge zu bekommen. So wollte sie in Konstantinopel für 8 Millionen Reichsmark Hafenbauten ausführen. Von den Wechseln, die in Verkehr gebracht wurden, lautet der größte auf 565 000 Reichsmark. Mit Auto, Flugzeug und D-Zug fuhren die Vermittler herum, um die Wechsel unterzubringen. Ihr Gewinn soll ungefähr 40 Proz. im Jahr betragen haben. Die **Handwerkerschulden** beziffern sich auf etwa 300 000 *RM*. Sie sollen nach Möglichkeit gedeckt werden.

Die **Großgläubiger** hielten bereits eine Versammlung ab. Es besteht die Absicht, die 300 000 *RM* holländischer Schulden und die 900 000 bis 1 000 000 *RM* Verbindlichkeiten bei Lieferanten usw., die in der Hauptsache auf Ludwigshafen und die Pfalz entfallen, möglichst sofort zu begleichen, zumal besonders bei den zuletzt genannten Verbindlichkeiten die Gefahr besteht, daß sonst mehrere der Betroffenen in Konkurs geraten. Man will außerdem versuchen, die **Kongregation der armen Schulschwestern in Speyer** zu stützen, da diese nunmehr durch die großen Wechselverbindlichkeiten und die Baukostenüberschreitung im ganzen 6 Millionen Reichsmark aufzubringen hat. Voraussichtlich wird es gelingen, einen Betrag von 900 000 *RM* flüssig zu machen, der jetzt dringend notwendig ist für die Zahlungen der Schwestern.

*

In Heidelberg hat bereits eine Besprechung der Vertreter von **Groß- und Baugläubigern** der Kongregation der **Armen Schulschwestern Speyer** stattgefunden. Justizrat **Mappes** (Frankenthal) erstattete Bericht über die Wege, die beschritten worden sind, um Gelder von dritter Seite zu beschaffen. Ein Status steht noch nicht fest, da man nicht genau weiß, wie hoch die Beträge der im Umlauf befindlichen Wechsel sind. Es sind Bestrebungen im Gange, die Gläubiger voll zu befriedigen; die Verhandlungen zur Geldbeschaffung gehen weiter. Die anwesenden **Gläubiger**, die einen großen Teil der Forderungen vertreten, haben einen **Ausschuß** bestellt, der noch erweitert werden soll aus Kreisen der Bauhandwerker und Lieferanten. Bis jetzt gehören dem Ausschuß an: Rechtsanwalt Leonhard, Hiltermann als Vertreter einer Bankengruppe, Rechtanwalt Dr. Schutz und als stellvertretendes Mitglied Rechtsanwalt Panther. Aufgabe des Ausschusses ist es, gemeinsam mit dem Vertreter der Schulschwestern, Justizrat Mappes (Frankenthal), Verhandlungen mit allen Stellen zu führen, von denen die Gläubiger annehmen, daß sie ein Interesse an einer schnellen und günstigen Regelung haben.

Die Lage des badischen Baugewerbes

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Baden e. V., hielt in **Karlsruhe** seine 23. ordentliche Hauptversammlung ab. Den internen Beratungen am Samstag folgte am Sonntag eine **öffentliche Kundgebung** im Bürgersaal des Rathauses, die den Zweck hatte, das Augenmerk auf die katastrophale Lage des Baugewerbes zu lenken. Neben zahlreichen Mitgliedern aus allen Teilen des Landes waren auch eine Reihe von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden sowie der großen Spitzenorganisationen des Handwerks und der verwandten Verbände von Mannheim-Ludwigshafen, Württemberg und der Schweiz erschienen.

Der Landesverbandsvorsitzende, Architekt und Baumeister Ludwig **Mayer** (Freiburg i. Br.) wies darauf hin, daß die Krise und der Tiefstand im Baugewerbe ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht haben. Nachdem Stadtrat **Blum** die Grüße des örtlichen Handwerks und Präsident **Isenmann** jene der badischen Handwerkskammern, des Handwerkskammertages und des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen übermittelt hatten, bekundeten auch die Vertreter der Nachbarverbände ihr lebhaftestes Interesse an den Verhandlungen.

Ein Referat des Dr.-Ing. **Hotz** (Berlin) gewährte zunächst einen Einblick in die Arbeiten der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen. Er hob den Wert einwandfreier Untersuchungen zum Zwecke der Ersparnis hervor und setzte sich für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft und den Organisationen des Baugewerbes ein.

In einem weiteren Vortrage schilderte der stellvertretende Landesverbandsvorsitzende, Architekt und Baumeister Karl **Becker** (Baden-Baden) in eindringlicher Weise die Not des Baugewerbes, die sich katastrophal zugespitzt habe und unser ganzes Wirtschaftsleben in Mitleidenschaft ziehe. Der Redner legte an der Hand von Zahlenmaterial dar, was der normale Baumarkt für die deutsche Wirtschaft bedeutet, und stellte dem gegenüber, daß wir Mitte Juli 217 000 arbeitslose Bauarbeiter hatten, d. i. mehr als viermal so viel wie 1928. Das Baugewerbe leide an einer außerordentlich starken **Überfetzung**, die in gar keinem Verhältnis zum Auftragsbestand stehe. Die ominösen Preisunterbietungen nähmen zu, daher eine immer größer werdende Zahl von Zusammenbrüchen. Das Baugewerbe sei durch Reichsgesetz zu schützen und daher die Forderung der **Konzessionierung** zu erheben. Ferner verlange man den angemessenen Preis und dränge darauf, daß die Reichsverdingugsordnung eingehalten wird.

Syndikus Dr. **Ettwein** (Freiburg i. Br.) behandelte schließlich das Thema „Baugewerbe und Preissenkung". Er kam bei Betrachtung des Kostenelements zu dem Schluß, daß angesichts der Relation von 75 Proz. Lohnanteil und 25 Proz. sonstigen Kosten jede Preissenkungsaktion im Baugewerbe, die an der **Lohnfrage** vorbeigehe, Stückwerk sei. Dr. Ettwein sieht im Lohn den maßgeblichen Hebel für den baugewerblichen Preisstand, und ist der Auffassung, daß es sich dabei um keinen wirtschaftlichen, sondern um einen politischen Lohn handle. Von ungünstigem Einfluß seien ferner die Zinsgestaltung, die hohen Materialpreise, Frachten und öffentlichen Gebühren. Erwünscht wäre endlich eine Überprüfung der baupolizeilichen Vorschriften und eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem planenden Architekten und dem ausführenden Unternehmer. Unter scharfer Ablehnung der an die Preissenkungsaktion der Reichsbahn geknüpften Bedingungen erklärte der Redner, daß das Baugewerbe bereit sei, jede mögliche Preissenkung mitzumachen. Es müsse aber als letztes Produktionsglied verlangen, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu geschaffen werden.

Aus der badischen Industrie

Die Heidelberger Schnellpressenfabrik hat in ihrer Abteilung Buchdruckmaschinenbau 260 Arbeitern fristlos gekündigt, nachdem in den letzten Tagen **Differenzen über Akkordlöhne** aufgetreten waren und die Arbeiter daraufhin in die passive Resistenz eingetreten waren. Die Leitung der Fabrik hatte, wie sie mitteilt, die Arbeiter mehrfach aufgefordert, die tariflich vorgeschriebene Schiedskommission anzurufen, doch hatten die Arbeiter dies abgelehnt. In den beiden anderen Abteilungen der Gesellschaft, der Fabrik Maquet und der Maschinenfabrik Geislingen, wird voll weitergearbeitet.

Die Silberwarenfabrik in Ettlingen, Gebrüder Hepp G. m. b. H., deren Hauptbetrieb sich in Pforzheim befindet, hat sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die 14tägige Kündigung zugestellt. Von dieser Maßnahme wurden insgesamt etwa 150 Arbeiter betroffen. Ein kleiner Rest soll, wenn die Umstände es gestatten und ein diesbezügliches Gesuch eingereicht wird, unter gewissen Bedingungen vom Hauptbetrieb in Pforzheim übernommen werden.

Tagung des Allgemeinen Bäderverbandes. In der Zeit vom 26. bis 28. September findet in **Badenweiler** die diesjährige Hauptversammlung des Allgemeinen Deutschen Bäderverbandes statt.

Aus der Landeshauptstadt

85. Geburtstag. Studienrat i. R. W. **Eberle** in Karlsruhe, der Senior der badischen Gewerbeschulmänner, vollendet am Montag, dem 22. September d. J., bei guter Gesundheit sein 85. Lebensjahr.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß der englischen Sturmzyklone, die inzwischen nach der Ostsee weitergezogen ist und sich gleichzeitig verflacht hat, hatten wir gestern wolkiges, zeitweise regnerisches und kühles Wetter bei frischen Westwinden Ein neues Tief ist aber bereits bei der Westküste angelangt. Ihm voraus zieht ein Zwischenhoch gegenwärtig über das Festland, das uns bei abflauenden Winden allgemeine, aber voraussichtlich nur vorübergehende Aufheiterung bringen wird. **Wetteraussichten:** Vorübergehend heiter und trocken, nach kühler Nacht lokale Frühnebel, tagsüber etwas milder.

Umfangreiche Spritschiebungen

In **Kork** bei Kehl wurde von der Zollfahndungsstelle Kehl der Steuererheber **Hermann** verhaftet, dem große **Spritschiebergeschäfte** zugunsten des verstorbenen Fabrikanten **Ernst Kiefer** vorgeworfen werden. Hermann soll für eine Beihilfe bei der Spritschiebung — es soll sich um 50 000 Liter handeln — große Geldzuwendungen erhalten haben. Im Zusammenhang mit dieser Sache wurde in Stuttgart-Fellbach ein Direktor **Eckert**, der früher die Kiefersche Essigfabrik in Kork leitete, verhaftet, desgleichen in **Achern** ein früherer **Angestellter** der Badischen Obstverwertungs-AG., namens **Jung**, die bekanntlich in Konkurs sich befindet. Ebenfalls in Zusammenhang damit steht der Selbstmord des Fabrikanten **Bemb** in Berlin. Die Angelegenheit zieht noch weitere Kreise und man rechnet mit weiteren unliebsamen Überraschungen. Die offenbar noch von Ernst Kiefer selbst eingeleiteten **Spritschiebungen** haben einen außerordentlich großen Umfang.

Kurze Nachrichten aus Baden

100 Jahre Buchener Schützenmarkt

DZ. **Buchen**, 22. Sept. (Tel.) Das schöne Amtsstädtchen Buchen feierte am Sonntag ein Jubiläum ganz besonderer Art, das **100jährige Bestehen** eines alten Volksfestes, des Buchener **Schützenmarkts**. — Vor 100 Jahren, im Sommer 1830, war der Geburtstag der Schützengesellschaft und des Schützenmarkts, der aus der alten Schützengilde hervorgegangen ist. Diese wiederum rekrutierte sich aus gedienten Soldaten und sorgte für Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Sicherheit des Orts.

Den Auftakt des Schützenmarkts bildete am Samstagabend ein großer Fackel- und Lampionzug. Anschließend fanden sich alle Beteiligten zu einem Festbankett in der Schützenhalle zusammen. Der zweite Schützenmeister, Bildhauer **Bernhard**, begrüßte die erschienenen Ehrengäste, darunter Innenminister **Wittemann**, der gerade einer größeren Schutzpolizeiübung in der Umgebung beigewohnt hatte, und Landrat **Rozoli** (Buchen) sowie Bürgermeister Dr. **Schmidt** (Buchen). Als zweiter Redner sprach Innenminister **Wittemann**. Er dankte für die an ihn ergangene Einladung und gab seiner Freude Ausdruck, als geborener Buchener an diesem seltenen Jubiläum teilnehmen zu können, da auch seine Eltern und Voreltern schon der Schützengesellschaft angehörten und auch in seiner Familie diese Tradition weitergepflegt wird.

Der Sonntag brachte gegen Mittag den eigentlichen Festzug, an dem zahlreiche Vereine aus der Umgebung teilnahmen. — Der Sonntagnachmittag sah ein reges Treiben auf dem Schützenmarkt, verbunden mit einem wirklichen Odenwälder Volksfest.

bld. **Bruchsal**, 22. Sept. **Flüchtig** ging ein beim hiesigen Amtsgericht tätiger **Gerichtsvollzieher**. Er fuhr mit seinem Dienstauto bis Mosbach, wo er es stehen ließ und den Schnellzug nach Hamburg benutzte, um sich dort nach Amerika einzuschiffen. Man war ihm aber sofort auf der Fährte und verhinderte sein Ausreißen. Der Flüchtige ist verheiratet und hat vier unmündige Kinder.

DZ. **Offenburg**, 20. Sept. Im Alter von 78 Jahren starb in **Furtwangen** Fabrikant C. Robert **Dold**, der Begründer der größten Firma auf dem Gebiete der Emailplakate in Europa, der Firma C. Robert Dold, Ätz- und Emailierwerke, Plakatfabrik, Offenburg. Dold war ursprünglich in Furtwangen als Ziffernblattmaler für Schwarzwalduhren bei seinem Vater tätig, dessen Firma er 1896 übernahm. 1899 verlegte er den Betrieb nach Offenburg, den er im Lauf der Zeit zum größten Europas auf diesem Gebiete entwickelte. 1916 zog sich Dold zurück und überließ das Werk seinem Sohn. Dold verbrachte seinen Lebensabend in seiner Heimatstadt Furtwangen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. September Geld	22. September Brief	20. September Geld	20. September Brief
Amsterdam 100 G.	169.03	169.37	168.95	169.25
Kopenhagen 100 Kr.	112.23	112.45	112.18	112.40
Italien . . 100 L.	21.97	22.01	21.955	21.995
London . . 1 Pfd.	20.377	20.417	20.372	20.402
New York . 1 D.	4.1930	4.2010	4.1915	4.1995
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . 100 Fr.	81.395	81.555	81.355	81.515
Wien 100 Schilling	59.215	59.335	59.195	59.315
Prag . . . 100 Kr.	12.451	12.471	12.443	12.463

Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 17. September berechnete Großhandelsinderziffer ist mit 123,0 gegenüber der Vorwoche (123,5) um 0,4 Proz. zurückgegangen.

Wiederherstellung des internationalen Eisenkartells. Im Laufe der letzten Woche fand in **Luxemburg**, nach einer Meldung einer französischen Zeitschrift, eine Zusammenkunft von Delegierten der **Eisen- und Eisenwarenhändler** statt, um das 1909 gegründete und 1914 aufgelöste internationale Kartell wieder zu errichten. Die Wiedererstehung wurde einstimmig beschlossen. Im Komitee soll jede Nation durch drei Delegierte vertreten sein, ebenso soll der Vorsitz alle Jahre wechseln wie der Ort, an dem der Jahreskongreß stattfindet. Gegenstand der Fühlungnahme ist, nach dem Bericht der „L'Usine", nicht die Regelung der Preise, sondern lediglich der Austausch von Statistiken und Nachrichten, die diesen Handelszweig betreffen.

Danat-Dredener Bank. Gerüchte, die von einer bevorstehenden Fusion der Dresdener Bank (Berlin) und der Darmstädter und Nationalbank, AG. a. G. (Berlin) wissen wollen, entbehren, wie auf Anfrage von beteiligter Seite erklärt wird, jeglicher Grundlage.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Ernannt:

Der Vorstand der Universitäts-Frauenklinik in Innsbruck, Professor Dr. Heinrich **Eymer**, mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 an zum ordentlichen Professor der Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität Heidelberg und zum Direktor der Universitäts-Frauenklinik daselbst; Professor Adolf **Schwarzmann** am Gymnasium in Lörrach zum Direktor der Realschule in Meßkirch; Professor Dr. Emil **Hättich** an der Oberrealschule in Singen zum Direktor der Realschule in Müllheim; Professor Josef **Dolland** an der Kant-Oberrealschule in Karlsruhe zum Direktor der Realschule in Triberg; Professor Dr. Karl **Schwarz** an der Oberrealschule in Kehl zum Direktor der Realschule in Ladenburg; Studienrat Konrad **Baumann** in Triberg zum Direktor in Bühl; Ministerialoberrechnungsrat Max **Oßfeld** mit der Amtsbezeichnung Oberrechnungsrat zum Vorstand der Universitätskasse Heidelberg; Pfleger Daniel **Breithaupt** an der chirurgischen Universitätsklinik in Heidelberg mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 zum Oberpfleger daselbst.

Übertragen:

Dem Handelslehrer i. R. Otto **Zimmermann** eine Handelslehrerstelle an der Handelsschule II in Karlsruhe.

Versetzt in gleicher Eigenschaft:

Direktor der Realschule in Ladenburg Robert **Mauderer** an die Oberrealschule in Sinsheim, Professor Theodor **Reininger** an der Oberrealschule in Kehl an das Gymnasium in Durlach, Professor Dr. Alfons **Hugle** an der Oberrealschule in Singen a. H. an das Gymnasium in Lörrach; Direktor der Oberrealschule in Sinsheim Karl **Trübi** als Professor an die Oberrealschule in Singen a. H.; Direktor Ernst **Mußler** in Bühl als Studienrat nach Triberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badisches Landestheater Karlsruhe

9 Sinfonie-Konzerte 1930/31

Leitung: Generalmusikdirektor Josef Krips

Solisten: Ria Ginster, 22. Oktober; Nathan Milstein, 5. November; Else Blank, Wilhelm Nentwig, Franz Schuster, 26. November; Alfred Hoehn, 10. Dezember; Luise Schatt-Eberts, 28. Januar; Ottomar Voigt, Paul Trautvetter, 25. Februar; Paul Kämpfe, 18. März; Paul Hindemith, 8. April.

1. Konzert Mittwoch, 22. Oktober 1930	Ria Ginster	Brahms: Mahler:	III. Sinfonie F-dur IV. Sinfonie G-dur
2. Konzert Mittwoch, 5. November 1930	Nathan Milstein	Kusterer: Goldmark: Rich. Strauss:	II. Sinfonie (Erstaufführung) Violinkonzert (zum 100. Geburtstag des Meisters) Till Eulenspiegel
3. Konzert Mittwoch, 26. November 1930 — Festhalle —	Else Blank Wilhelm Nentwig Franz Schuster Chor: Bachverein, Singchor u. Hilfschor des Badischen Landestheaters	Haydn:	Die Jahreszeiten
4. Konzert Mittwoch, 10. Dezember 1930	Alfred Hoehn	Wetzler: Dobrowen: Tschaikowsky:	Orchesterintermezzo aus der Oper „Die baskische Venus" (Erstaufführung) Klavierkonzert (Erstaufführung) VI. Sinfonie H-moll pathétique
5. Konzert Mittwoch, 7. Januar 1931	Dirigent: Rudolf Schwarz:	Brahms: Gál: Beethoven:	Haydnvariationen Ballettsuite IV. Sinfonie B-dur
6. Konzert Mittwoch, 28. Januar 1931	Luise Schatt-Eberts	Frankenstein: Busoni: Rich. Strauss	Ballettsuite Klavierkonzert Sinfonia domestica
7. Konzert Mittwoch, 25. Februar 1931	Ottomar Voigt Paul Trautvetter	Brahms: Bruckner:	Doppelkonzert VII. Sinfonie E-dur
8. Konzert Mittwoch, 18. März 1931	Dirigent: Rudolf Schwarz Solist: Paul Kämpfe	Mozart: Haydn: Rimsky-Korsakow:	Jupitersinfonie C-dur Oboenkonzert Capriccio espagnole
9. Konzert Mittwoch, 8. April 1931	Paul Hindemith	Rich. Strauss: Hindemith: Beethoven:	Bürger als Edelmann Bratschenkonzert VII. Sinfonie A-dur

Platzmiete für 9 Konzerte, zahlbar in 2 Raten:

	1. Rate (sofort)	2. Rate (1. 1. 31)	Sa.
Balkonfremdenloge	20 RM	12 RM	32 RM
I. Rangloge und Balkon	20 RM	12 RM	32 RM
Sperrsitz I. Abteilung	15 RM	12 RM	27 RM
Sperrsitz II. Abteilung	14 RM	11 RM	25 RM
Sperrsitz III. Abteilung	12 RM	10 RM	22 RM
II. Rang	12 RM	9 RM	21 RM
III. Rang	10 RM	8 RM	18 RM
IV. Rang	7 RM	5 RM	12 RM

Vorauszahlung der Gesamtmiete gestattet. Die Tagespreise sind jeweils bis zu 50% höher. Vorrecht der vorjährigen Mieter vom 25. IX. 1930 bis 2. X. 1930. Anmeldung neuer Platzmieter vom 4. X. 1930 an.

K.591

Wollen Sie sorgenlos reisen?

Lassen Sie sich von uns beraten, wie sich die Mitnahme des gesamten Reisegeldes in bar vermeiden läßt, so daß die Verlustmöglichkeit durch Diebstahl usw. so gut wie ausgeschlossen wird. Auch zur Erteilung sonstiger Auskünfte in allen anderen Geldangelegenheiten stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Ihr Besuch ist uns immer willkommen!

DEUTSCHE BANK
UND
DISCONTO-GESELLSCHAFT

Aktienkapital und Reserven 445 Millionen Reichsmark

FILIALE KARLSRUHE, Kaiserstr. 90

K.441

Façonier-Hüte formt prompt fachmännisch **Hort** nur Amalienstraße **13**

FORMULARE

u. sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. BRAUN GMBH.

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14—18, Tel. 952—54

Badisches Landestheater

Dienstag, 23. Sept. 1930
Volksbühne:
Septembervorstellung
Amnestie
Schauspiel von Finkelnburg
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Frauendorfer, Genter, Rademacher, Schreiner, Hebeisen, Seiling, Baumbach, Dahlen, Gemmecke, Graf, Herz, Hierl, Höcker, Just, O. Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Grimm, H. Kienscherf, Luther, H. Müller.
Anfang 19½, Ende geg. 21½,
Preise A (0,70—5 RM)
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Mi., 24. Sept.: **Mississippi.** Do., 25. Sept.: Neu einstudiert: **Falstaff.** Fr., 26. Sept.: **Tannhäuser.** Sa., 27. Sept.: Zum erstenmal: **Die Prinzessin und der Eintänzer.** So., 28. Sept.: **Der lustige Krieg.** Im Konzerthaus: **Zinsen.** Mo., 29. Sept.: **Amnestie.**

O.892. **Offenburg.** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des **Ignaz Kiefer**, Schneidermeister in Urloffen wird gemäß § 204 KO. mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse eingestellt.

Offenburg, 19. Sept. 1930.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

Emailschilder aller Art K.539
Hausnummern, Straßen- und Verkehrstafeln.
Gummistempel liefert prompt und billig
Fabrikniederlage
KARL DAMBACH
Karlsruhe i. B., Karlstr. 33

Inserieren bringt Gewinn!

Bekanntmachung.

Die 10prozentige 3 000 000-RM-Goldanleihe der Stadt Mannheim von 1925 wird, soweit die Schuldverschreibungen nicht schon von der Stadt aufgekauft oder zur Rückzahlung ausgelost sind, im vollen Betrage zur Rückzahlung zum Nennwert auf 1. Januar 1931 gekündigt. Mit diesem Tage wird die Zinszahlung eingestellt.

Die Einlösung erfolgt auf Vorlage der Schuldverschreibungen und der für die Zeit ab 1. Januar 1931 ausgegebenen Zinsscheine nebst Erneuerungsschein bei nachstehenden Zahlstellen: K.590

Mannheim: Stadtkasse, Badische Bank, Badische Kommunale Landesbank — Girozentrale, Commerz- und Privatbank AG., Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Dresdner Bank, Hansabank e. G. m. b. H., Herbst & Reyersbach, Lefo & Langenbach, Mannheimer Gewerbebank e. G. m. b. H., Mannheimer Privatbank Friedrich Straßburger, Marx & Goldschmidt, Gustav Würzweiler;

Berlin: Commerz- und Privatbank AG., Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Dresdner Bank;

Frankfurt: Commerz- und Privatbank AG., Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Deutsche Girozentrale, Deutsche Kommunalbank, Dresdner Bank, E. Ladenburg.

Mannheim, den 18. September 1930.

Der Oberbürgermeister.

Zentralhandelsregister für Baden.

Baden-Baden. A.296

Handelsregistereintrag Abt. B Bd. I O.-Z. 5 — **Firma Europäischer Hof, Hotel-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Baden-Baden —: Die Firma wird von Amts wegen gelöscht.

Baden, 4. Sept. 1930.

Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts. I.

Freiburg, Brsg. A.297

A Bd. III O.-Z. 60: bei Firma **A. Nombride**, Freiburg: Inhaber ist jetzt Kaufmann August Albrecht in Freiburg. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten wurde beim Erwerbe desselben durch den jetzigen Inhaber ausgeschlossen. Am 1. 9. 1930.

A Bd. X O.-Z. 84: bei **Hotel und Restaurant zum Rheinischen Hof** in Freiburg: Inhaber ist jetzt Karl Faller, Gastwirt, Freiburg. Am 2. 9. 1930.

A Bd. VI O.-Z. 193: Firma **Photohandlung Wilhelm Stiening Nachf.** in Freiburg ist erloschen. Am 4. 9. 1930.

A Bd. IX O.-Z. 354: bei Firma **Rosner & Co.** in Freiburg: Die offene Handelsgesellschaft ist durch das Ausscheiden des Salomon Ebenstein aufgelöst. Hermann Rosner ist jetzt alleiniger Inhaber der Firma. Am 6. 9. 1930.

A Bd. VI O.-Z. 354: Firma **Philipp Müller** in Freiburg ist erloschen. Am 8. 9. 1930.

A Bd. VIII O.-Z. 254: bei **Gebr. Grammelspacher, Freiburger Räucherapparate- und Ofenfabrik** in Freiburg: Die offene Handelsgesellschaft ist durch Ausscheiden des Gesellschafters Martin Grammelspacher aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Josef Grammelspacher ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Firma ist geändert in Gebr. Grammelspacher, Freiburger Räucherapparate-, Herd- und Ofenfabrikation. Am 8. 9. 1930.

B Bd. IV O.-Z. 120: bei **Wego-Werk, Aktiengesellschaft** mit dem Sitz in Freiburg: Fabrikant Martin Goldmann in Freiburg ist als weiteres Vorstandsmitglied mit dem Rechte der Einzelzeichnung bestellt. Am 1. 9. 1930.

Heidelberg. A.298

Handelsregister Abt. A Band IV O.-Z. 76 zur Firma **Schlössinger & Co.** in Heidelberg: Der Gesellschafter Richard Schlössinger ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft wird als Kommanditgesellschaft fortgesetzt. Es ist eine Kommanditistin vorhanden.

Heidelberg, 8. Sept. 1930.

Amtsgericht.

Mannheim. A.300

Handelsregistereinträge vom 13. September 1930:

Rheinmühlenwerke, Mannheim: Die Prokura des Hans Schmidt ist erloschen.

Baustoffe-Großvertrieb Aktiengesellschaft, Mannheim: Der zum Vorstand bestellte Kaufmann Bart von Neerbos wohnt jetzt in Mannheim.

Gebrüder Reuling Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Direktor Karl Meyer in Mannheim ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

Altmaterial-Verwertung Rosa Lenczicki, Mannheim. Inhaberin ist Rosa Lenczicki geborene Cimberknopf, Mannheim. Als Einzelprokuristen sind bestellt: Heinrich Lenczicki, Mannheim, Moritz Abramowitz, Mannheim.

Robert Krause, Mannheim: Die Prokura des Ludwig Schleichert ist erloschen.

M. Raisberger Buch- u. Akzidenzdruckerei, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ist auf den bisherigen Gesellschafter Buchdruckermeister August Bartl in Mannheim übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt.

Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Pforzheim. A.295

Handelsregistereinträge.

1. Firma **Friedrich Jaeck,** Pforzheim: Das Geschäft ging mit Firma auf Friedrich Jaeck, Techniker, und Karl Albert Jaeck, Kaufmann, beide in Pforzheim, über. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1930.

2. Firma **Rilling & Hegele,** Pforzheim, Schloßgartenweg 5. Offene Handelsgesellschaft seit 16. Juli 1930. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Michael Rilling und August Hegele, beide in Pforzheim.

3. Firma **Otto Bieser,** Pforzheim: Die Niederlassung ist nach Wildbad verlegt.

4. Die Firma **Kuppenheim-Werk Aktiengesellschaft,** Pforzheim, ist erloschen.

5. Firma **Pforzheimer Lebensmittelgesellschaft Ph. Luger mit beschränkter Haftung,** Pforzheim-Brötzingen: Der Sitz der Gesellschaft ist nach Birkenfeld in Württemberg verlegt.

6. Firma **Christian Kilgus, Möbelgeschäft,** Pforzheim, Tunnelstr. 45. Inhaber ist Christian Kilgus, Schreinermeister in Pforzheim. Friedrich Schulz, Schreinermeister in Pforzheim, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit 21. Juli 1930.

7. Firma **Steinwand & Gall,** Pforzheim, Baumstraße 8. Offene Handelsgesellschaft seit 1. September 1930. Persönlich haftende Gesellschafter sind Christian Steinwand, Kaufmann in Pforzheim, und Joseph Gall, Kaufmann in Tiefenbronn.

8. Firma **Lohnert & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Pforzheim: Geschäftsführer Siegfried Idstein ist abberufen; Kaufmann Leo Katz in Pforzheim ist als Geschäftsführer bestellt. Die Gesellschaft ist aufgelöst, der bisherige Geschäftsführer Leo Katz ist Liquidator.

Amtsgericht Pforzheim.

Rastatt. A.299

Handelsregistereintrag Abt. B Band III O.-Z. 2: **Ziegelverkaufsstelle Rastatt Gesellschaft mit beschränkter Haftung** mit dem Sitz in Rastatt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. August 1930 festgestellt und am 9. September 1930 geändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist a) der für Rechnung der Gesellschaft erfolgende An- und Verkauf aller in den Öfen der Gesellschafter gebrannten Backsteine und Vormauersteine RF oder andersformatiger Hinter- und Vormauersteine, b) die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Geschäftsinteressen der Gesellschafter. Daneben kann die Gesellschaft, soweit dies zur Erreichung ihres Geschäftszwecks als erforderlich oder angebracht erscheint, Grundstücke und gewerbliche Anlagen erwerben oder errichten, die Stillegung solcher Anlagen durchführen und sich an gleichartigen Unternehmungen beteiligen oder solche erwerben. Auch kann die Gesellschaft mit Ziegeleibesitzern innerhalb des Vertragsgebiets, die nicht Gesellschafter sind, Verträge über die Regelung ihres Geschäftsbetriebs, insbesondere über die Produktion und den Absatz ihrer Erzeugnisse im Sinne von Ziffer a schließen sowie den Vertrieb sämtlicher übrigen Baumaterialien übernehmen. Das Stammkapital beträgt 20 000 RM. Geschäftsführer sind Karl Josef Knab, Ingenieur in Rastatt, und Karl Jägel, Architekt in Rastatt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder derselben berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten und zu zeichnen. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Den 11. September 1930.

Amtsgericht Rastatt.